



# HESSISCHER LANDTAG

24. 06. 2020

Plenum

## **Dringlicher Antrag**

**Fraktion der SPD,**

**Fraktion der Freien Demokraten,**

**Fraktion DIE LINKE**

**Einsetzung eines Untersuchungsausschusses**

Der Landtag wolle beschließen:

Es wird ein Untersuchungsausschuss nach Art. 92 HV und § 54 GOHLT eingesetzt.

Dem Ausschuss gehören 15 Mitglieder an (5 CDU, 3 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 3 SPD, 2 AfD, 1 Freie Demokraten, 1 DIE LINKE).

Der mutmaßliche Mord an dem Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke macht eine erneute Untersuchung bestehender Vorgänge innerhalb der Hessischen Landesregierung und ihrer nachgeordneten Behörden notwendig. Dabei liegt die Strafverfolgung im Allgemeinen, mithin die Aufklärung und die Anklage hinsichtlich des mutmaßlichen Mordgeschehens im Kompetenzbereich der Staatsanwaltschaft und im Weiteren bei den Gerichten. Aufgabe des Hessischen Landtages ist es, eventuelle Versäumnisse der Hessischen Landesregierung und ihrer nachgeordneten Behörden, Probleme in verwaltungsinternen Abläufen und Defizite der bestehenden Strukturen zu untersuchen. Dadurch sollen sich Hinweise auf einen möglichen Veränderungsbedarf bestehender Strukturen der hessischen Sicherheitsbehörden und entsprechende Handlungsempfehlungen ergeben und somit das Risiko künftiger vergleichbarer Fälle zumindest reduziert werden.

Der Untersuchungsausschuss hat konkret den Auftrag, Handeln und Unterlassen der Hessischen Landesregierung und ihrer nachgeordneten Behörden und hier im Besonderen der hessischen Sicherheitsbehörden aufzuklären, das im Zusammenhang mit der Beobachtung der Personen Stephan E. und Markus H. und deren Umfeld durch den Verfassungsschutz steht oder stehen könnte. Dies betrifft auch die Zusammenarbeit hessischer Behörden mit anderen Bundesländern und dem Bund. Hier ist insbesondere zu prüfen, wieso Stephan E. und Markus H. nicht weiter vom Verfassungsschutz beobachtet worden sind, wann Stephan E. und Markus H. intern als „abgekühlt“ eingestuft wurden und wie diese Entscheidung zustande kam bzw. welche Gründe als Grundlage hierfür dienten. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund zu erörtern, dass Stephan E. nach öffentlicher Berichterstattungen auf einem Dokument des Verfassungsschutzes aus dem Jahr 2009 als „brandgefährlich“ bezeichnet wurde. Des Weiteren sollen etwaige Verbindungen bzw. die dienstliche Befassung des ehemaligen V-Mann-Führers Andreas T. mit Stephan E. und Markus H. aufgeklärt werden.

Ebenso hat der Untersuchungsausschuss den Auftrag, aufzuklären, inwieweit die Hessische Landesregierung und hier insbesondere der zum jeweiligen Zeitpunkt amtierende Innenminister das Parlament und die Öffentlichkeit hierüber sowie über ihre Kenntnisse zu neonazistischen Strukturen in Nordhessen wahrheitsgemäß, zeitnah und vollständig informiert hat.

Dabei ist insbesondere zu klären:

1. Welche Informationen der Hessischen Landesregierung und hier insbesondere dem Hessischen Innenministerium und deren nachgeordneten Behörden und dem Hessischen Landesamt für Verfassungsschutz über Stephan E. und Markus H. und deren Umfeld wann vorlagen und ob mit diesen Informationen sachgerecht umgegangen wurde, insbesondere ob und wann
  - a) es Bemühungen des Landesamtes für Verfassungsschutz gab, Stephan E. und Markus H. als V-Leute zu gewinnen,

- b) eine besondere Gefährlichkeit des Stephan E. erkennbar war und wenn ja, wie damit umgegangen wurde,
  - c) eine besondere Gefährlichkeit des Markus H. erkennbar war und wenn ja, wie damit umgegangen wurde,
  - d) Beziehungen des Stephan E. und des Markus H. zu verbotenen oder militanten Strukturen der extremen Rechten wie zum Beispiel FAP, Blood & Honour, HNG, Combat 18, Sturm 18, Artgemeinschaft, Arische Bruderschaft, Freier Widerstand Kassel, Kameradschaft Gau-Kurhessen und NPD vorlagen und falls ja, wann diese geprüft wurden, die Erkenntnisse diesbezüglich vorlagen und wie in der Folge damit verfahren wurde,
  - e) Stephan E. und Markus H. zu Personen der rechten Szene in Nordhessen in Kontakt standen,
  - f) die Aktivitäten gegen Dr. Walter Lübcke sowie die Bewaffnung und Schießübungen von Stephan E. und Markus H. erkennbar waren und wie damit umgegangen wurde.
2. Ob und welches Handeln oder Unterlassen innerhalb und zwischen Ministerien und Behörden des Landes sowie der hessischen Ministerien und Behörden gegenüber den Ministerien und Behörden anderer Länder und des Bundes zu einer möglichen Fehleinschätzung der Gefährlichkeit der mutmaßlichen Täter und Tatbeteiligten am Mord des Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke geführt haben, insbesondere
- a) in welchem Kontakt V-Leute, Gewährspersonen und Informanten zu dem oder den mutmaßlichen Tätern und Tatbeteiligten und ihrem Umfeld standen und welche Informationen wie weitergegeben wurden,
  - b) in welchem Kontakt Mitarbeiter der Sicherheitsbehörden zu dem oder den mutmaßlichen Tätern und Tatbeteiligten und ihrem Umfeld standen und welche Informationen wie weitergegeben wurden,
  - c) in welchem Kontakt der ehemalige Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz und jetzige Mitarbeiter des Regierungspräsidiums Kassel, Andreas T., zu dem oder den mutmaßlichen Tätern und Tatbeteiligten und ihrem Umfeld standen und welche Informationen wie weitergegeben wurden,
  - d) ob Kontakt zwischen Stephan E., Markus H. und ihrem Umfeld zu dem Umfeld des NSU bestand und wenn ja, ob eine mögliche Beteiligung bzw. Unterstützung beim Mord an Halit Yozgat am 06.04.2006 in Kassel in Betracht gezogen und sachgerecht untersucht wurde,
  - e) ob das Lösch-Moratorium und die damit verbundene Sperrung der Akten von Stephan E., Markus H. und möglicherweise weiterer Mitglieder der rechtsextremen Szene aus deren Umfeld in 2015 sachgerecht war oder nicht und wer dieses Löschmoratorium und die Sperrungen warum vorgenommen und zu verantworten hat,
  - f) ob die Nicht-Übermittlung der Akten von Stephan E., Markus H. und möglicherweise weiterer Mitglieder der rechtsextremen Szene aus deren Umfeld an die NSU-Untersuchungsausschüsse des Landtags, des Deutschen Bundestags und möglicherweise an Ermittlungsbehörden sachgerecht war und wenn nicht, wer dies warum vorgenommen und zu verantworten hat,
  - g) ob die letztlich erfolgreichen Bemühungen des Markus H. seit 2009 bis 2016, an Waffen und Sprengstoff zu gelangen, die von Markus H. und Stephan E. seit 2015 gemeinsam absolvierten Schießtrainings, deren illegaler Waffenhandel, das öffentliche Agitieren und die von ihnen initiierte Online-Hetzkampagne gegen Dr. Walter Lübcke seit 2015 sowie die Teilnahme an dem Neonazi-Aufmarsch und möglicherweise auch den Ausschreitungen in Chemnitz 2018 von den Sicherheitsbehörden zur Kenntnis genommen wurden und wenn ja, warum dies ohne Konsequenz blieb,
  - h) ob und wenn ja, wann alle Informationen hessischer Behörden zu Stephan E., Markus H. und ihrem neonazistischen Umfeld den mit dem Mord an Dr. Walter Lübcke befassten Ermittlern vollständig zur Verfügung gestellt wurden.
3. Ob und wie der Übergang bzw. Austausch bei der Beobachtung seitens des Landesamtes für Verfassungsschutz erfolgte, wenn Beobachtungssubjekte zwischen verschiedenen rechtsextremen Gruppierungen wechselten bzw. diese zeitgleich in verschiedenen Gruppierungen aktiv waren.

4. Ob die Hessische Landesregierung und hier insbesondere der jeweilige Innenminister und/oder der jeweilige Staatssekretär den Hessischen Landtag zeitnah, sachgerecht und volumfänglich über die oben genannten Umstände informiert hat.

Wiesbaden, 22. Juni 2020

Für die Fraktion der SPD  
Die Fraktionsvorsitzende:  
**Nancy Faeser**




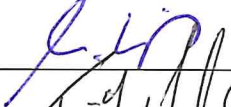

Für die Fraktion der Freien Demokraten  
Der Fraktionsvorsitzende:  
**René Rock**

Für die Fraktion Die LINKE  
Die Fraktionsvorsitzende:  
**Janine Wissler**

**Anlage**  
**Einsetzung eines Untersuchung-**  
**ausschusses: Unterschriftenliste**

## Unterschriftenliste SPD-Landtagsfraktion (20. WP)

Alex, Ulrike	U. Alex
Barth, Elke	E. Barth
Becher, Frank-Tilo	F. Becher
Decker, Wolfgang	W. Decker
Degen, Christoph	C. Degen
Eckert, Tobias	T. Eckert
Faeser, Nancy	Nancy Faeser
Fissmann, Karina	Karina Fissmann
Gersberg, Nadine	Nadine Gersberg
Geis, Kerstin	Kerstin Geis
Gnadt, Lisa	L. Gnadt
Grüger, Stephan	S. Grüger
Grumbach, Gernot	G. Grumbach
Hartmann, Karin	K. Hartmann
Hofmann, Heike	H. Hofmann
John, Knut	K. John
Kaffenberger, Bijan	B. Kaffenberger
Kummer, Gerald	G. Kummer
Löber, Angelika	A. Löber
Lotz, Heinz	H. Lotz
Müller, Regine	R. Müller
Rudolph, Günter	G. Rudolph
Sommer, Dr. Daniela	D. Sommer
Strube, Manuela	M. Strube

Ulloth, Oliver	
Warnecke, Torsten	
Waschke, Sabine	
Weiß, Marius	
Yüksel, Turgut	

René Rock



---

Jürgen Lenders



---

Stefan Müller



---

Dr. hc. Jörg-Uwe Hahn



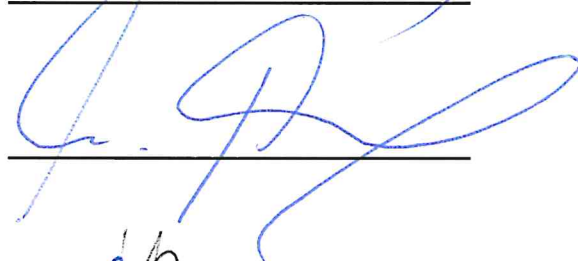
---

Dr. Stefan Naas



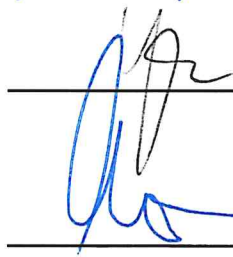
---

Moritz Promny



---

Yanki Pürsün



---

Marion Schardt-Sauer



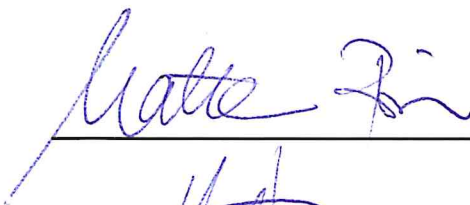
---

Wiebke Knell



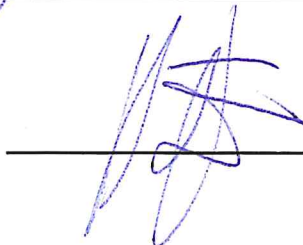
---

Dr. Matthias Büger



---

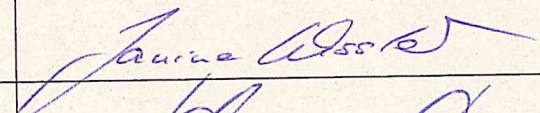
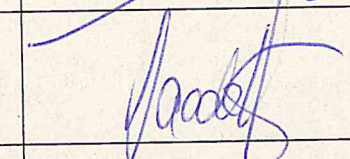
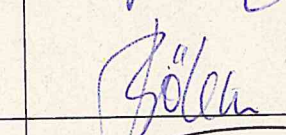
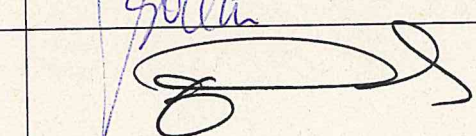

Oliver Stirböck



---



Einsetzung eines Untersuchungsausschusses 20/1  
Unterschriftenliste

Jurina Wiskes	
Hermann Schaeus	
Ulrich Wilken	
Soadet Jönmez	
Christiane Böhm	
Elisabeth Kula	
Torsten Felschhausen	
Heidemarie Schach-Bschke- witz	
Jan Scholten	